

Einheitskasse: Weshalb die Initiative abzulehnen ist!

Die Abstimmung vom 28. September 2014 zur Einführung einer öffentlichen Einheitskasse hätte bei deren Annahme grosse Auswirkungen für die kostenbewussten Bäuerinnen und Bauern auch im Kanton Zürich. Nachstehend die wichtigsten Argumente, welche sich negativ auswirken.

Im Krankheitsfall kann in der Schweiz heute jedermann auf eine rasche und qualitativ hochstehende medizinische Versorgung zählen, die von der Grundversicherung vergütet wird. Eine Einheitskasse könnte unter Spardruck über kurz oder lang medizinische Leistungen streichen. Eines der weltweit besten Gesundheitssysteme darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Die Krankenversicherer arbeiten heute sehr effizient. Der im Wettbewerb

herrschende Spardruck wirkt sich positiv auf die Höhe der Verwaltungskosten aus, die im Durchschnitt 5 Prozent betragen. Mit anderen Worten gehen von 100 Franken Prämien 35 Franken in Spitäler, 22 Franken an Ärzte, 21 Franken an Medikamente, 9 Franken an die Pflege, 8 Franken sind übrige Leistungen und die letzten 5 Franken sind Verwaltungskosten der Krankenkassen. In diesen 5 Prozent Verwaltungskosten lassen sich die finanziellen Probleme im Gesundheitswesen mit einer Einheitskasse mit monopolistischem System nicht lösen. Im jetzigen System können Versicherte die Krankenkasse selber wählen. Eine Einheitskasse wird die Versicherten in der Wahl von verschiedenen Versicherungsmodellen und Franchise einschränken.

Das Winterthurer Institut für Gesundheitsökonomie geht in einer Studie davon aus, dass alleine der Systemwechsel rund 2 Milliarden Franken kosten würde. Ein Wechsel führt unweigerlich zu steigenden Krankenkassenprämien.

Die kostenbewusste ländliche Bevölkerung wird die Zeche für hohe Kosten in städtischen Gebieten mitfinanzieren. Denn für den ganzen Kanton ist eine einheitliche Prämie geplant mit der Folge, dass keine Unterschiede mehr zwischen Stadt und Land gemacht werden.

Die unerwünschten Telefonate von aufsässigen Versicherungsvermittlern werden auch in Zukunft bleiben, denn die Zusatzversicherungen gem. VVG werden weiterhin privatrechtlich geführt.

Unsere Versicherungsberatung vom Zürcher Bauernverband mit mehreren Mitarbeitern kennen den bedürfnisgerechten und kostengünstigen Versicherungsschutz.

Wir sind von unseren Mitgliedern angestellt und vertreten dadurch die Interessen aller Landwirte. Bei den Versicherungen ist dies sicher einfacher als in der Politik. Wir wollen auch in Zukunft frei beraten können und alle Versicherungen anbieten.

Wir bitten Sie, an der kommenden Abstimmung zur Einheitskasse am 28. September 2014 ein NEIN in die Urne zu legen, vielen Dank.

Selbstverständlich stehen wir für Anregungen oder Fragen zur Verfügung.

Ihr ZBV-Versicherungsteam